



Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz

Infobrief
3 | 2021

Liebe Leser:innen,

*nun ist es wieder Zeit für einen neuen Infobrief. Wir hoffen, dass es trotz des nun hoffentlich beginnenden Sommers die Gelegenheit zum Lesen und auch zum Weiterleiten in die lokalen Netzwerke gibt. Immer wieder erreichen uns Anrufe und E-Mails von Engagierten im Land, die bedauern, dass sie erst in Nachhinein etwas zu interessanten Veranstaltungen erfahren haben, an denen sie gerne teilgenommen hätten. Das ist natürlich schade. Auch wenn es viele Informationen auf einmal sind, wollen wir doch unser Konzept eines vielseitigen Infobriefs beibehalten, der auch auf der **Homepage** jederzeit abrufbar ist. So können wir vermeiden, viele einzelne E-Mails zu senden und schicken nur im Einzelfall mal eine Kurzmail, insbesondere zu aktuellen Terminen und belasten hoffentlich die Koordinator:innen nicht zu sehr mit der Weiterleitung. Wir haben es auf jeden Fall in den letzten Wochen erreicht, gerade bei unseren Online-Fortbildungen, die wir immer zusammen mit dem FLÜCHTLINGSRAT RLP E. V. und teilweise auch lokalen Verbänden und Initiativen veranstalten oder unseren eigenen Netzwerktreffen und virtuellen Stammtischen eine große Zahl von Interessierten zu erreichen. Das freut uns sehr, denn es ermöglicht in diesen schwierigen Zeiten doch auf jeden Fall eine gute Vernetzung.*

Herzlichen Gruß

Das Team von AKTIV FÜR FLÜCHTLINGE RHEINLAND-PFALZ



Inhalt

- 1 Flüchtlings- und Integrationsarbeit Rheinland-Pfalz | Seite 4***
- 2 Neues von der Webseite und Social Media | Seite 6***
- 3 Flüchtlingspolitik | Seite 7***
- 4 Rechtsprechung/Rechtliches | Seite 9***
- 5 Rundschreiben und Erlasse | Seite 10***
- 6 Materialien und Veröffentlichungen | Seite 12***
- 7 Termine und Veranstaltungen | Seite 16***
- 8 Aufruf zur Mitgliedschaft | Seite 18***
- 9 Impressum | Seite 18***



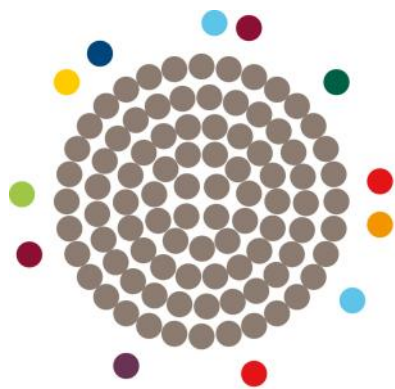
1 *Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz*

Wir wollen uns in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt mit dem Begriff der Integration und den Konzepten und den Werkzeugen der Integrationsarbeit beschäftigen. Einerseits, da es insgesamt eine spannende Diskussion zum Begriff gibt, andererseits ist es auch ein „Arbeitsauftrag“ an uns, den wir aus einem der Online-Stammtische und Anfragen per E-Mail mitgenommen haben. Dazu werden wir u. a. eine Veranstaltung zur Erstellung professioneller Integrationskonzepte machen und auch zu einem Netzwerktreffen speziell für die ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten einladen. Zeitnah werden wir dazu informieren.

Für einen kleinen theoretischen Einstieg haben wir schon auf unser *Homepage* eine erste Auseinandersetzung mit dem Thema veröffentlicht.

1.1 Ist der Begriff „Integration“ für unsere Arbeit überhaupt noch zielführend?

Der Begriff „Integration“ wird an fast allen Stellen im Kontext der Arbeit mit Geflüchteten dazu benutzt, um zu beschreiben wie „gut“ diese in unserer Gesellschaft passen beziehungsweise wie weit sich diese bereits an „unser Leben hier in Deutschland „angepasst“ haben. Oftmals dreht es sich dabei vor allem um Spracherwerb oder um „kulturelle Normen“. Eine einfache, aber zugleich sehr treffende und verständliche Darstellung gibt in diesem Sinne das unten stehende Bild der AKTION MENSCH. Nicht nur für den Integrationbegriff, sondern auch dazu, was unter verwandten Konzepten, wie sozialem Ausschluss oder Inklusion in unserer Gesellschaft zu verstehen ist.



Exklusion



Integration



Inklusion

Bildquelle: <https://www.aktion-mensch.de>



Nun werdet Ihr vielleicht sagen, das ist ja bei uns im Arbeitsbereich ähnlich: Die geflüchteten Menschen sind schon „ganz gut integriert“. Aber was bedeutet das? Ist es überhaupt noch richtig, von Integration als Ziel zu sprechen?

Werdet aktiv!

*Nach den vielen Jahren der praktischen Arbeit: Sprecht in Euren Helferkreisen auch mal über solche „theoretische Aspekte“ der Arbeit und seid dabei inklusiv und vor allem partizipativ, d. h. sprecht nicht über Geflüchtete sondern mit Euren neuen Nachbarn. Seid Ihr selbst Migranten? Dann ladet Eure (ehemaligen?) Unterstützer:innen zu einer Diskussion zu solchen Themen ein.
Lest weiter auf unserer **Homepage**.*

#OFFEN GEHT

1.2 Save the date:

INTERKULTURELLE WOCHEN VOM 26. SEPTEMBER BIS 3. OKTOBER 2021

Diese Veranstaltungsreihe ist deutschlandweit ein wichtiger Termin im Kalender vieler örtlicher Initiativen. DER TAG DES FLÜCHTLINGS findet am Freitag, den 1. Oktober, statt.

Beide Termine sind ein wichtiger Bestandteil im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Thema „Interkulturelles/Transkulturelles Miteinander“ und „Engagement für Geflüchtete“. Um geplanten Veranstaltungen eine große Aufmerksamkeit und eine gute Werbung zu ermöglichen, muss schon lange im Vorfeld die Planung beginnen.

Das Motto der INTERKULTURELLEN WOCHEN (IKW) 2021 lautet #OFFEN GEHT. Da Aktionen und Veranstaltungen auch im Herbst dieses Jahres noch durch die Pandemie erschwert sein werden, gab es bei einer bundesweiten Vorbereitungsveranstaltung schon wichtige Überlegungen dazu, wie dieses Jahr diese Woche erfolgreich stattfinden kann.

Werdet aktiv!

*Plant Ihr bei Euch Veranstaltungen im Rahmen der IKW? Dann lohnt es sich, in die **Dokumentation** des Vorbereitungstreffens reinzuschauen und diese Anregungen in Eure Planungen einzubeziehen.
Seid Ihr noch unsicher, ob die Beteiligung an der IKW sinnvoll ist und wollt erst mehr darüber erfahren? Wie genau geht eine Beteiligung an der IKW? Dann recherchiert **hier** weiter.*

Material zum Download zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche gibt es auch.

Eine mehr theoretische Auseinandersetzung mit der IKW ermöglicht eine 100 Seiten starke **Studie** in der sich der Soziologe Dr. Özkan Ezli von der WESTFÄLISCHEN WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER mit der Geschichte und der Gegenwart der IKW beschäftigt.



2 Neues von der Webseite und Social Media

Umfrage zu Impfungen für Geflüchtete in kommunalen Unterkünften in Rheinland-Pfalz

Seit dem 14. Mai 2021 läuft unsere Umfrage zu der Test- und Impfsituation für Geflüchtete in kommunalen (Gemeinschafts-)Unterkünften. In Gesprächen und in Schreiben ist der FLÜCHTLINGSRAT RLP auch mit dem Integrationministerium darüber im Austausch. Ansprechpartner für die Notwendigkeit von Impfungen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete in den Landkreisen und Städten sind aber die Kommunen. Wir bekamen teilweise aufrüttelnde Berichte von ehrenamtlich Aktiven zur Lage vor Ort, die Anlass für die Befragung sind. Es gibt aber durchaus auch positive Berichte von guter Unterstützung bei der lokalen Impfkampagne und deren Umsetzung. Wie immer gibt es eine große regionale Vielfalt.

Werdet aktiv!

*Wir sind auf Eure Erfahrungen angewiesen, um einen guten Überblick über die Lage in Rheinland-Pfalz zu erhalten! Alle Personen, die von Wohnsituationen in Unterkünften für Geflüchtete, in denen mehr als eine Familie zusammenlebt, wissen, können gerne noch an der Umfrage teilnehmen. Bitte teilt den Link auch mit Personen, die ihr kennt und auf die das zutrifft. **Die Umfrage findet ihr hier.***

Schließen werden wir die Umfrage am 20. Juni 2021, um die Ergebnisse anschließend auszuwerten.

Die bisherigen Teilnehmer:innen der Umfrage meldeten mehrfach zurück, dass die Kommunikation von Seiten der Kommune für einen Tätigkeitsnachweis als Ehrenamtliche, um als solche:r eine Priorisierung bei der Impfung zu bekommen, meistens sehr schleppend oder teilweise überhaupt nicht stattfand. Wenn Ihr Lust und auch Frust habt, dann könnt ihr uns gerne mitteilen, wie Euer Kontakt mit Eurer Kommune bisher verlaufen ist und auf welchem Weg Ihr nachgefragt habt, wo es hakt und wo es vielleicht aber auch funktioniert!



3 Flüchtlingspolitik

Während der Pandemie: Gefahr von strukturellem Rassismus in Politik, Gesundheitswesen und Gesellschaft wächst stetig an

Schon zu Beginn der Covid-19-Pandemie gab es ein Positionspapier von Mitgliedern der Grünen Bundestagsfraktion über ein (drohendes) Systemversagen im Umgang mit Geflüchteten und MigrantInnen. Darin die Forderung „Restriktive migrationspolitisch motivierte Gesetze und Maßnahmen dürfen nicht über den Infektionsschutz gestellt werden und der für die ganze Bevölkerung dringende Schutz muss auch Geflüchteten und MigrantInnen vollumfänglich zu Teil werden“. Nun, ein Jahr später, haben wir beobachten müssen, dass gerade der Umgang mit Geflüchteten im Schatten der Pandemie wieder auch von einem verstärkten Rassismus überschattet wird.

In den letzten Monaten waren größere kommunale Unterkünfte für Geflüchtete in Rheinland-Pfalz fast schon in Dauerquarantäne. Bewohner:innen und ehrenamtliche Unterstützer:innen konnten diese zeitweise weder verlassen noch betreten und beim kleinsten Verdacht auf eine weitere Infektion wurde bereits wieder eine neue Voll-Quarantäne angeordnet. Ob das auch bei Wohnungen anderer, nicht geflüchteter Personengruppen möglich gewesen wäre? Oder gäbe es da bessere Konzepte, so wie es **viele lokale Initiativen** gefordert haben?

Natürlich gehören die betroffenen Wohnungen und Gebäude vor allem der jeweiligen Stadt, die dadurch eine viel engere und stärkere soziale Kontrolle auf die Bewohner:innen ausüben kann. Menschen mit Fluchterfahrungen haben zusätzlich aber auch kaum die Möglichkeit, sich vor allem öffentlichkeitswirksam dagegen zu wehren und auf Missstände aufmerksam zu machen. Der anklingende Begriff „struktureller Rassismus“ weckt natürlich schnell Abwehrreaktionen von allen Seiten. Ein schwieriger Diskurs, der aber geführt werden muss, da vor allem jetzt während der Corona-Pandemie rassistische Diskriminierung auch in Institutionen und Behörden so deutlich wird, wie nie zuvor in der jüngeren Vergangenheit. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet auch das Gesundheitswesen, wie ein **taz-Artikel vom 8. März 2021** berichtet: Personen mit Migrations- und Fluchtgeschichte werden ihrer Erfahrung nach in der Corona-Pandemie nicht mehr richtig beraten oder erst gar nicht behandelt, bekommen in Arztpraxen, Kliniken und ähnlichen Einrichtungen generelle Ablehnung zu spüren und gesagt, sie seien Treiber:innen der Pandemie. Eine interessante Kernaussage des Artikel ist dabei auch, dass schlicht und ergreifend Daten fehlen, die eine wirkliche Diskussion über rassistische Diskriminierung in diesem Bereich erst ermöglichen würden. Eine **Anfrage der GRÜNEN an die Bundesregierung**, welche Maßnahmen die Regierung denn ergreife, um dem „Forschungsdefizit“ zu diskriminierenden Strukturen im Gesundheitswesen entgegenzuwirken, wurde damit beantwortet, dass der Bundesregierung keine



Erkenntnisse über etwaige Diskriminierungen im Gesundheitswesen, auch nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vorliegen. Das weckt doch irgendwie Erinnerungen an die Diskussion über Rassismus in der Polizei.

So vielschichtig das Thema ist, so einfach wird es hier wieder abgeschmettert: Es gibt keine Diskriminierung im Bereich XY, schon gar nicht während der Pandemie! Politisch wird struktureller Rassismus hier vor allem totgeschwiegen und gleichzeitig auch aktiv betrieben: Wenn nichts falsch läuft, dann kann ja so weitergemacht werden wie immer! Dass Personen mit Flucht- und Migrationsgeschichte nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch oft von politischer Seite die Schuld am pandemischen Infektionsgeschehen gegeben wird, ging kürzlich durch die Presse. Bettina Dickes, Landrätin des Kreises Bad Kreuznach behauptet etwa genau dies. In einem ***Interview mit der Allgemeinen Zeitung vom 22. April 2021*** sagt sie bezugnehmend auf Geflüchtete und Migrant:innen unter anderem: „Ganz offensichtlich erreichen wir mit der deutschen Form der Ansprache, mit unseren Regeln, die auf Einsicht ohne drakonische Strafen setzen, manche Gruppen nur schwer.“ Mit dieser Meinung ist sie als Landrätin bestimmt nicht allein.

Es liegt nicht an Armut oder Bildungsbenachteiligung, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes mit einem nur befristeten Arbeitsvertrages, an Ghettoisierung oder bürokratischer Diskriminierung. Nein, es liegt mal wieder an den „Flüchtlingen“, die sich nicht an die Regeln halten wollen! Menschen mit Migrationsgeschichte wird die Schuld an hohen Infektionszahlen gegeben, sie erfahren Gewalt und Anfeindungen auf Grund der angeblichen Herkunftsüberschneidung mit dem Virus. Vielleicht haben wir ja doch ein Rassismusproblem? Nicht nur wegen der Pandemie oder allein im Gesundheitsbereich, der Politik oder der Polizei, sondern viel mehr gesamtgesellschaftlich.

Werdet aktiv!

*Seid aufmerksam, ob Euch im Alltag Rassismus gegenüber Personen in Eurem Umfeld auffällt und thematisiert dieses in Gesprächen mit Freunden und Verwandten. Eine gute Hilfestellung dafür gibt das **Buch „Exit Racism“ von Tupoka Ogette**, das wir auch an anderer Stelle schon vorgeschlagen haben.*



4 *Rechtsprechung/Rechtliches*

Rechtsfolgen einer unterlassenen persönlichen Anhörung im behördlichen Asylverfahren für das asylgerichtliche Verfahren

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem *Urteil vom 30. März 2021* über Rechtsfolgen entschieden, die eine unterlassene persönliche Anhörung im behördlichen Asylverfahren für das asylgerichtliche Verfahren betreffen. Hat das BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) während eines Asylverfahren bei Personen keine Anhörung durchgeführt, so darf ab sofort

- (a) das Gericht selbst die Anhörung durchführen,
- (b) es das BAMF die Anhörung nachholen lassen oder
- (c) den Unzulässigkeitsbescheid aufheben, sodass das BAMF nach fehlerfreiem Verfahren eine erneute Entscheidung über den Asylantrag trifft.

Hintergrund dazu ist, dass eine Person geklagt hat, der in Italien die Flüchtlingseigenschaft anerkannt wurde und deren in Deutschland gestellter Asylantrag vom BAMF aufgrund der Einreise aus einem „sicheren Drittstaat“ ohne weitere Anhörung pauschal abgelehnt wurde. Dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig ist dabei eine *Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in ähnlicher Sache* vorausgegangen.



5 Rundschreiben und Erlasse

5.1 Finanzielle Starthilfe für kleinere ehrenamtliche Initiativen

Mit den kommenden Sommermonaten und der zugleich zunehmenden Anzahl an Impfungen gegen das Coronavirus in der gesamten Bundesrepublik, wird auch immer absehbarer, dass ehrenamtliche Initiativen und Vereine in Rheinland-Pfalz endlich wieder ihre Arbeit im Regelbetrieb zum Teil aufnehmen können.

Für einen „Neuanfang“ bestehender Initiativen, aber auch für ehrenamtliche Zusammenschlüsse, die vielleicht gerade aus der Pandemielage heraus entstanden sind oder sich gerade in der Gründung befinden, gibt es eine vielversprechende Perspektive, sich finanziell fördern zu lassen. Die STIFTUNG MITARBEIT vergibt finanzielle Starthilfeszuschüsse an kleinere lokale Organisationen mit geringen eigenen finanziellen und personellen Mitteln sowie an neu gegründete Initiativen und Vereine, die sich in den Bereichen Soziales, Politik, Kultur, Umwelt und außerschulische Bildung engagieren.

Die STIFTUNG MITARBEIT verfolgt damit das Ziel, Bürger:innen zu ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dieses Potenzial haben unseres Erachtens auch viele ehrenamtliche Initiativen in der Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz. Die genauen Förderrichtlinien zur Starthilfefinanzierung findet ihr auf der **Homepage der STIFTUNG MITARBEIT**.

Werdet aktiv!

Wir ermutigen Euch! Nutzt die Chance und lasst Euch fördern! Die Förderanträge sind bei der STIFTUNG MITARBEIT formlos zu stellen. Gerne unterstützen wir Euch natürlich im Antragsprozess! Die kommenden Antragsfristen für das Jahr 2021 sind der 16. August sowie der 2. November.

5.2 Förderung von Multiplikator:innenschulungen in der ehrenamtlichen Integrationsarbeit durch das BAMF

Im Rahmen des **Bundesprogramms „Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Vor Ort. vernetzt. verbunden.“** fördert das BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) Schulungen für Multiplikator:innen im Bereich der Integrationsarbeit. Die Förderung richtet sich grundsätzlich an alle Vereine und gemeinnützige Organisationen der Integrationsarbeit, in denen



Ehrenamtliche tätig sind. Einen besonderen Schwerpunkt setzt das BAMF dabei auf die Unterstützung von Migrant:innenselbstorganisationen, die selbst Integrationsmaßnahmen durchführen möchten und hierzu noch Qualifizierungsbedarf haben.

Gefördert werden dabei ausschließlich Schulungen in den Bereichen Digitalisierung und modernes Vereins-/Projektmanagement sowie Fortbildungen zu den Themen Vorurteile, Konfliktmanagement und Gewaltprävention. Die Seminare können dabei sowohl in Präsenz als auch in digitaler Form durchgeführt werden. Vor Antragstellung muss eine Interessensbekundung an das BAMF stattfinden und je nach finanzieller Lage und Größe des Trägers, sind vom Antragsteller zudem Eigen- oder auch Drittmittel einzubringen (bitte informiert Euch gut, ob das auf Euch zutrifft). **Wichtig! Antragsfrist ist der 30. Juni 2021!**

Weiterführende Links:

- ***Generelle Informationen zum Interessensbekundungsverfahren***
- ***Leitfaden für die Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Multiplikatorenschulungen***
- ***Anleitung zur Antragstellung über das Förderportal des Bundes***
- ***Förderrichtlinien zum Bundesprogramm***



6 Materialien und Veröffentlichungen

6.1 Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht

In jedem Jahr veröffentlicht der SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR INTEGRATION UND MIGRATION ein Gutachten. Unter dem Titel „Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht“ ist das Jahresgutachten 2021 veröffentlicht und bietet interessante Einblicke.

Online sind das **gesamte Gutachten** und **verschiedene Kernaussagen** und die Folgerungen daraus abrufbar:

1. Zunehmende Vielfalt darf nicht zu wachsender Ungleichheit führen
2. Einbürgerung durch gezielte Initiativen erhöhen
3. Wahlbeteiligung fördern, kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige erwägen
4. Diversität am Arbeitsmarkt weiter fördern und Diskriminierung entgegenwirken, auch im öffentlichen Dienst
5. Der Kulturbetrieb ist bereits vielfältig und international; Zugang zu etablierten Kultureinrichtungen erleichtern
6. Migration kann den Wohlfahrtsstaat unterstützen, aber auch die Akzeptanz für Umverteilung senken
7. Ungleichbehandlung nach Herkunft wird zunehmend abgelehnt
8. Rassistische Vorurteile und Diskriminierung eingehender untersuchen

Werdet aktiv!

Nehmt die Kernaussagen als Anlass für eine Veranstaltung bei Euch vor Ort. Kommt darüber mit anderen Netzwerkpartner:innen ins Gespräch und überlegt, wie eine Umsetzung vor Ort ermöglicht werden kann.

6.2 „Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie“ - Studie des Maecenata Instituts von April 2021

Wie sieht eine Zivilgesellschaft nach der Pandemie aus, vor welchen Herausforderungen steht sie und was benötigt sie, um diese zu überwinden? Diese und weitere Fragen untersucht die **Studie** des MAECENATA INSTITUTS FÜR PHILANTROPIE UND ZIVILGESELLSCHAFT in Berlin.



Deutlich benennt die Studie zunächst die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur:innen während der Coronapandemie. Ehrenamtliche Initiativen, Vereine und Verbände sind essenziell, wenn es um die Bewältigung der Pandemie in zahlreichen gesellschaftlichen Teilbereichen geht. So stellen sie beispielsweise großflächig Leistungen, wie Betreuung, Unterstützung und Pflege sicher, die deutlich über den eigentlich freiwilligen Tätigkeitsumfang hinausgehen und bei denen trotz Infektionsgefahr ein Zuhause bleiben nicht möglich ist (vgl. S.62). Generell tragen diese Akteur:innen dabei auch Sorge, dass gesellschaftliche Anliegen und Themen (Klimawandel, Integration u. a.) abseits der Pandemie in die Öffentlichkeit getragen werden und nicht in Vergessenheit geraten oder überlagert werden (vgl. S.63).

Hinzu kommt, dass neben der erschwerten Arbeitsgrundlage (Infektionsgefahr, Kontaktbeschränkungen u. a.) oftmals der Staat, welchem durch Engagement Arbeit abgenommen wird, den Vereinen und Initiativen, die flexibel und mit kreativen Angeboten mit der Situation umgehen, wenig Wertschätzung oder finanzielle Mittel zur Verfügung stellt (vgl. S.64).

Für Akteur:innen der Zivilgesellschaft ergeben sich aus der Pandemie wiederum jede Menge Herausforderungen und Bedarfe. Die Anzahl ehrenamtlich Engagierter scheint rückläufig zu sein. Viele, die ihre Motivation aus sozialen Beziehungen ziehen, haben in der Pandemie ihr Engagement wegen Kontaktverboten u. a. aufgegeben. Andere sind beispielsweise nicht bereit, die Digitalisierung des Ehrenamts mitzutragen (vgl. S.65). Andererseits birgt dies laut Studie aber die große Chance, sich nach der Pandemie zusätzlich „stärker auf neue Zielgruppen, abseits des klassischen Engagements fokussieren“ (S.65) zu können (bspw. internetaffine Personengruppen). Der Bedarf an Fortbildungen im digitalen Bereich und an Digitalisierung selbst ist hoch. Auch der Aufbau und Stärkung von Netzwerken und die Kooperationsbereitschaft zwischen verschiedenen Akteur:innen einer Kommune oder Region ist essenziell während der Pandemie.

Interessant ist, dass auch diese Studie zu einem ähnlichen Ergebnis kommt wie wir: „Um die pandemie-bedingte finanzielle Situation grundlegend zu verbessern, wäre daher eine unbürokratische und unkomplizierte Umwidmung von Projektgeldern, ein Verzicht auf Regressforderungen, sowie eine flexible Anpassung hinsichtlich Projektlaufzeiten, Personalkosten und Projektmitteln bei bestehenden Fördervereinbarungen hilfreich.“ (S.69)

Werdet aktiv!

Welche Herausforderungen und Bedarfe habt Ihr und Eure Initiative oder Verein während der Pandemie erlebt und entdeckt? Wie seid Ihr damit umgegangen? Berichtet uns gerne davon!

Zum Thema Gestaltung von Integrationsarbeit vor und nach der Pandemie in Rheinland-Pfalz haben wir auch kürzlich eine **Pressemeldung** veröffentlicht.



Um einen Überblick über die Situation der Zivilgesellschaft zu bekommen, lohnt sich ein Blick in die Studie. Sowohl die aktuelle Studie als auch die Vorgängerstudie findet ihr [hier](#).

6.3 Sechster Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Der *sechste Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz* wurde veröffentlicht. In dem Bericht geht es um die Umsetzung der Landesregierung von wesentlichen Maßnahmen und Entwicklungen im Bereich Integration und Migration im Zeitraum 2016 bis 2020. Viele unterschiedliche Aspekte werden benannt, von der Förderung der interkulturellen Öffnung im Bereich der Landesverwaltung über die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen und die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte bis hin zu Maßnahmen der Prävention gegen Gewalt und Extremismus und der Antidiskriminierung. Außerdem wurde durch das STATISTISCHE BUNDESAMT Daten und Ergebnisse der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz recherchiert und zur Verfügung gestellt. Dies ermöglicht einen guten Überblick über die aktuelle Lage zum Thema „Integration“ in Rheinland-Pfalz.

Ein wichtiger Punkt in dem Bericht des Ministeriums ist auch „Ehrenamtliches Engagement“, ein Thema das uns betrifft. Die Regierung betont, wie wichtig das Ehrenamt für die Integration von und für Menschen mit Migrationsvorteil ist und dass sie ehrenamtliches Engagement in Form von Kleinprojekten fördert und auch mit verschiedenen Preisen würdigt. Der Einsatz der Ehrenamtlichen in der Sprachförderung von Migrant:innen sei ein essenzieller Beitrag zur Förderung von Integration. Anlaufstellen für Geflüchtete in Form von Begegnungsorten und -cafés, die von Ehrenamtlichen organisiert und betrieben und vom Integrationsministerium mitfinanziert wurden, in denen Ehrenamtliche für erste Sprachkurse oder andere Arten von praktischer Hilfe zur Verfügung standen, halfen den Menschen bei der Integration.

Der Bereich Integration von Menschen mit einer Migrationsvorteil ist ohne Ehrenamtliche undenkbar. Durch Ehrenamtliche werden Menschen mit Migrationsvorteil in ihrem Lebensumfeld zunehmend als Bürger:innen wahrgenommen. Die Landesregierung will auch in der Zukunft das ehrenamtliche Engagement unterstützen und sich für die soziale Integration von Menschen mit und ohne Migrationsvorteil einsetzen.

Der gesamte Bericht steht auf der [Webseite des Ministeriums](#) zum Herunterladen zur Verfügung.



6.4 Studie zur Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Auch bei uns in Rheinland- Pfalz findet „Integration vor Ort “ statt und wird, nicht zuletzt durch die vielen freiwillig Engagierten, maßgeblich unterstützt. Aber welche Faktoren sind für gelungene Integrationsprozesse entscheidend und warum bleiben Geflüchtete auch dauerhaft in den ländlichen Räumen?

Das BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE hat zu diesem Thema eine interessante **Studie** veröffentlicht.

6.5 „Impfen gegen Corona“: Eine bundesweite Initiative von STERN, RTL, NTV und HANDBOOK GERMANY

Die Initiative „Impfen gegen Corona“ stellt kostenlos Informationsmaterialien und -videos zur Coronaimpfung in zwölf verschiedenen Erstsprachen zur Verfügung. Darunter arabisch, russisch, türkisch, persisch, französisch u. a.

Beantwortet werden beispielsweise in einem Katalog (FAQ) häufig gestellte Fragen, wie „Wie wirksam sind die Impfstoffe?“, „Wer kann sich impfen lassen?“, „Muss ich Angst vor Nebenwirkungen haben?“, „Kann ich als geimpfte Person weiterhin Menschen anstecken?“ und vieles mehr. Zusätzlich gibt es einen Fakten-Check zu gängigen Impfmythen.

Die Impf-Infos eignen sich sowohl zum Ausdrucken als auch zum online Weiterverbreiten. Alle Informationen, das FAQ und der Fakten-Check sind **hier** zu finden!

Werdet aktiv!

Ein häufiges Problem von Kommunen ist, dass sie über kein gutes Info-Material zur Coronaimpfung in den Erstsprachen der Betroffenen verfügen. Macht Eure Kommune auf dieses kostenlose Angebot aufmerksam oder leitet es selbst an Betroffene weiter.



7 Termine und Veranstaltungen

Online-Infoabend zum Thema „Härtefallkommission“

Do 17. Juni 2021 | 18-20 Uhr

Online via ZOOM

Eine Kooperationsveranstaltung von AKTIV FÜR FLÜCHTLINGE RHEINLAND-PFALZ, dem FLÜCHTLINGSRAT RLP e. V. und dem DIAKONISCHEN WERK TRIER UND SIMMERN-TRARBACH (Außenstelle Büchenbeuren) Projekt Hilfe für die Helfer – Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsbegleitung im Rhein-Hunsrück-Kreis.

Link zur Veranstaltung

Menschenrechte im Konflikt:

„Für Sama“ - Ein filmisches Dokument des Kriegs in Syrien

Di 22. Juni 2021 | 18.30 Uhr

Online via Livestream (mit anschließendem Gespräch über den Film)

Die Menschenrechtsaktivistin Waad al-Kateab schuf mit ihrem Film „Für Sama“ ein sehr persönliches Vermächtnis an ihre Tochter Sama und ein zugleich beeindruckendes Zeitdokument über den syrischen Bürgerkrieg. Über fünf Jahre hat al-Kateab mit ihrem Handy und ihrer Kamera zunächst die Protestbewegungen und schließlich die Belagerung ihrer Heimatstadt Aleppo dokumentiert, wo ihr Mann Hamza al-Kateab ein Krankenhaus leitete. Sie hat das Leid der Menschen in ihrer unmittelbaren Nähe aufgezeichnet und fand dennoch inmitten der Bombardements Spuren von Freude und Lebensmut.

Gemeinsam mit einem der Protagonisten, Hamza al-Kateab und dem Filmemacher Pagonis Pagonakis wird anschließend über den Film und seine Wirkung gesprochen. Wie ist es, in einer Kriegssituation zu filmen und gefilmt zu werden? Was macht einen guten Menschenrechtsfilm aus? Und können Filme wirklich zur Verbesserung der Menschenrechtssituation beitragen?

Alle Informationen gibt es bei der Anmeldung per E-Mail mit dem Betreff „Sama“ unter: veranstaltungen@bstu.bund.de



Save the Date: Online-Stammtisch von AKTIV FÜR FLÜCHTLINGE RHEINLAND-PFALZ

Do 1. Juli 2021 | 18-19:30 Uhr

Online via ZOOM

Mehr Informationen demnächst [auf unserer Webseite](#).

II. Digitales Austauschforum der SERVICESTELLE JUNGE GEFLÜCHTETE

Di 6. Juli 2021 | 9-12.30 Uhr

Online via ZOOM oder Edudib

Das Austauschforum mit Rechtsanwalt Dr. Jonathan Leuschner zum Thema „Möglichkeiten der Förderung von Aufenthaltsperspektiven junger Menschen mit Fluchtgeschichten“ wird von der Servicestelle junge Geflüchtete organisiert. Bei diesem Austausch soll es um folgendes gehen:

- Was gibt es für Möglichkeiten, um die Aufenthaltsperspektive von jungen Geflüchteten zu verbessern?
- Geringe Bleibeperspektive? Welche Unterstützung gibt es für junge Menschen in der Lebensgestaltung und Entwicklung von einer alternativen Perspektive?
- Umgangsstrategien für Fachkräfte, um mit solchen Herausforderungen besser umgehen zu können

[***Link zur Veranstaltung und Anmeldung***](#)

Fortbildung: SGB II für die Migrationsberatung

Mi 18. August 2021 | 10-17 Uhr

Di 9. November 2021 | 10-17 Uhr

Mi 15. Dezember 2021 | 10-17 Uhr

So 26. Oktober 2021 | 10-17 Uhr

Mo 29. November 2021 | 10-17 Uhr

Online via ZOOM

Diese Fortbildung ist als 1-Tages-Seminar konzipiert und richtet sich an Mitarbeitende der Migrationsberatung sowie an (ehrenamtliche) Personen, die Geflüchtete im Umgang mit Ämtern und bei der Integration in die Gesellschaft begleiten und unterstützen.

In der Fortbildung werden die Basics der Probleme zwischen geflüchteten Personen und dem Jobcenter behandelt. Die Kosten zur Teilnahme an einem Seminar betragen 100,- €.

[***Link zur Veranstaltung und Anmeldung***](#)



8 Aufruf zur Mitgliedschaft

AKTIV FÜR FLÜCHTLINGE RLP ist als Projekt beim **Flüchtlingsrat RLP e. V.** angesiedelt. Dieser ist als gemeinnütziger Verein auf Spenden angewiesen. Mit einer Mitgliedschaft trägt Ihr dazu bei, die Arbeit des Flüchtlingsrates zu stärken und seine finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen. Der FLÜCHTLINGSRAT RLP E. V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Euer Mitgliedsbeitrag/Eure Spende steuerlich absetzbar. Mehr dazu findet Ihr auf der **Webseite**.

Außerdem findet ihr uns auf Facebook (**Aktiv für Flüchtlinge RLP | Flüchtlingsrat RLP**) und Instagram (**Aktiv für Flüchtlinge RLP | Flüchtlingsrat RLP**).

9 Impressum

Aktiv für Flüchtlinge RLP

„Begleitung und Unterstützung für Ehrenamtliche im Flüchtlingsbereich in RLP“

Flüchtlingsrat RLP e. V. | Leibnizstraße 47 | 55118 Mainz

Vertreten durch: Jürgen Pirrong, Anna Jutz, Lena Kast

Kontakt

Telefon: 06131 4924736

Telefax: 06131 4924735

ehrenamt@asyl-rlp.org

www.aktiv-fuer-fluechtlinge-rlp.de

www.facebook.com/AktivfuerFluechtlingeRLP

Instagram: aktiv_fuer_fluechtlinge_rlp

Gefördert durch:

